

DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB

**DIE LINKE. KÖLN**

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

Haus Neuerburg  
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln  
Postanschrift:  
Postfach 103564 · 50475 Köln  
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841  
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de  
Fraktionsvorstand

Köln, 20.01.2009

## **Köln setzt Aktionsplan der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus um Fraktion DIE LINKE. Köln will Intensivierung des Kölner Beitrages**

Die Verwaltung der Stadt Köln hat in einer Vorlage zur Ratssitzung am 10.02.2009 die geplanten und die bereits existierenden Schritte zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus dargestellt. Die Fraktion DIE LINKE. Köln ist erfreut über die Vielzahl der Maßnahmen, die in einigen Punkten auf Anträge der Fraktion zurückgehen.

In seiner Sitzung am 15.12.2005 hatte der Rat beschlossen, der Städte-Koalition beizutreten. Der Rat war damit einem Antrag der damaligen Vorgängergruppen der heutigen Fraktion DIE LINKE. Köln gefolgt.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen hebt hervor: *„Eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen könnte kurzfristig und mit teils geringem Aufwand umgesetzt werden. Für besonders dringend halten wir die schnelle Einrichtung einer Hotline für Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung, die Einführung einer Antidiskriminierungsklausel in den Mustermietverträgen der Mieter- und Vermieterorganisationen sowie die Förderung von Interkulturellen Zentren“.*

Die Fraktion DIE LINKE. Köln macht folgende Vorschläge zu Maßnahmen, die über das Konzept der Verwaltung hinausgehen und deren Umsetzung möglich und wünschenswert ist:

In der Verwaltungsvorlage wird eine weitere Sensibilisierung von Bevölkerung, Organisationen und Institutionen gegenüber dem Thema Rassismus und Diskriminierung empfohlen. Die Fraktion DIE LINKE. Köln teilt diese Haltung. Sie ist der Ansicht, dass es hierfür unerlässlich ist, rassistische Organisationen wie „pro Köln“ als solche beim Namen zu nennen und sich öffentlich gegen sie zu positionieren.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln begrüßt die empfohlene Einrichtung einer Hotline zur Vermittlung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Opfer von Rassismus und Diskriminierung und setzt sich für eine schnelle Umsetzung ein. Besondere Relevanz hat für dieses Ziel die kurzfristige Bereitstellung finanzieller Mittel.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln ist besonders erfreut darüber, dass die Verwaltung ihrem Antrag gefolgt ist, bei den Auszubildenden in der kommunalen Verwaltung die Quote an Migrantinnen und Migranten zu erhöhen. Gerade die schwierige Situation, in der sich viele Berufsanfänger und -anfängerinnen mit Migrationshintergrund befinden, verlangt von der Stadt Köln als Arbeitgeber ein Beispiel zu geben.

Die Verwaltung der Stadt Köln empfiehlt die Einführung einer Antidiskriminierungsklausel in Mietverträgen der Wohnungsbaugesellschaften. Die Fraktion DIE LINKE. Köln unterstützt diese Empfehlung und fordert die Verwaltung zur Kontaktaufnahme mit dem Mieterverein Köln sowie dem Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888 auf. Das Ziel sollte die Aufnahme einer Antidiskriminierungsklausel in die jeweiligen Mustermietverträge dieser Organisationen sein.

Jörg Detjen betont: *„Die Verwaltungsvorlage verweist zu Recht auf die bedeutsame Rolle von Interkulturellen Zentren für die Förderung von Prozessen der Integration und die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rassismus“. DIE LINKE. Köln setzt sich daher für eine stärkere Förderung dieser Zentren ein.*

Die Fraktion DIE LINKE. Köln begrüßt und unterstützt das Engagement der Verwaltung der Stadt Köln, auch Migranten und Migrantinnen ohne gültige Aufenthaltspapiere den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

Kontakt: Jörg Detjen, Tel. 0221/923 5000 oder 0160/845 9028